

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 38/39
Telex: 6 99 948 pbbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich
MdB zur Erinnerung an
die Nürnberger
Rassengesetze von
1935: Der Auftakt zur
systematischen
Judenverfolgung.

Seite 1

Manfred Reimann MdB
zur Notwendigkeit, das
unzulängliche Jugend-
hilfegesetz zu revidie-
ren: Geldbeutel darf
nicht über Kindergar-
tenplatz entscheiden.

Seite 3

Klaus-Dieter Kühbacher
MdB zu den von den
Koalitionsfraktionen
CDU/CSU und FDP
geplanten Ausgaben
für einen neuen NATO-
Hubschrauber: Milliar-
denauftrag für eine
Skandalfirma.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB
zur Absicht des Bun-
deskanzlers, den Re-
gierungschef der DDR
in sein Kabinett zu be-
rufen: Worte des Lothar
de Maiziere.

Seite 5

45. Jahrgang / 175

12. September 1990

Der Auftakt zur systematischen Judenverfolgung Zur Erinnerung an die Nürnberger Rassengesetze von 1935

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vor 55 Jahren, am 15. September 1935, wurden die Nürnberger Ge-
setze im Reichsgesetzblatt veröffentlicht: Das "Reichsbürgergesetz"
und das "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen
Ehre".

Mit dem ersten wurde ein "Reichsbürgerrecht" begründet und verord-
net, daß Reichsbürger nur Staatsangehörige "deutschen oder artver-
wandten" Blutes und nur Reichsbürger Träger der vollen politischen
Rechte seien.

Das 2. Gesetz enthielt folgende Präambel: "Durchdrungen von der Er-
kenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für
den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem un-
beugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat
der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen...".

In diesem angeblich zum Schutz der deutschen Ehre erlassenen Ge-
setz wurden unter anderem verboten:

Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen
"deutschen oder artverwandten Blutes",

außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen
"deutschen oder artverwandten Blutes",

die Beschäftigung weiblicher Staatsangehöriger "deutschen
oder artverwandten Blutes" unter 45 Jahren im Haushalt von
Juden.

Verstöße gegen das Eheschließungsverbot wurden mit Zuchthaus be-
droht, solche gegen das Verbot des außerehelichen Verkehrs mit Ge-
fängnis oder mit Zuchthaus, gegen das Beschäftigungsverbot mit Ge-
fängnis bis zu einem Jahr und/oder Geldstrafe.

Die Rassenpolitik der Nazis wurde am 15. September 1935 zum Gesetz
erhoben. Die zynische Mißachtung elementarer Menschenrechte und
die gnadenlose Brutalität der Nazi-Politik traten eingekleidet in die
Form einer Rechtsnorm, aber doch unverhüllt zutage.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermindertem Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Die Verkündung dieser unmenschlichen Unrechtsgesetze erfolgte aus Anlaß eines "Reichsparteitages" in Nürnberg, den die Nazis in der ihnen eigenen Perfidie den "Reichsparteitag der Freiheit" nannten.

Mit den Nürnberger Gesetzen wurde die Judenverfolgung zwar in einem "Reichsgesetz" programmiert; sie hatte jedoch schon unmittelbar nach der "Machtübernahme" begonnen: Am 1. April 1933 organisierten die Nazis einen Boykott jüdischer Geschäfte, der von Ausschreitungen der SA gegenüber Juden begleitet war. Im April 1933 wurden ferner mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 "Nichtarier" aus den öffentlichen und den sonstigen halböffentlichen Berufen entfernt, im Anschluß daran ebenso aus allen öffentlichen Einrichtungen und auch aus privaten Verbänden.

In der Nazi-Propaganda wurden die Juden als die Verkörperung des Bösen schlechthin dargestellt, besonders im "Völkischen Beobachter", im "Stürmer" und in dem SS-Blatt "Schwarzes Korps". In seinen "Fragen und Antworten für den Nationalsozialisten" verglich Goebbels schon 1932 die Juden mit "Ungeziefer", das "unschädlich" gemacht werden müsse. Streicher sorgte für die pornographische Untermalung, indem er den "Stürmer" mit obskuren Berichten über "Verführungen, Schändungen und Ritualmorden" anfüllte.

Nach den Nürnberger Gesetzen eskalierte die Judenverfolgung: Juden polnischer Staatsangehörigkeit wurden in Massen deportiert. Als dagegen der 17jährige Sohn eines dieser Zwangsdeportierten, Herschel Grynszpan, durch Ermordung des deutschen Botschaftssekretärs in Paris von Rath reagierte, befahl die Naziführung ihren Schergen in SA und SS in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 Synagogen in Brand zu setzen, jüdische Friedhöfe zu schänden und jüdische Geschäfte zu zerschlagen. Zahllose Juden wurden mißhandelt, eine unbekannt Anzahl von ihnen ermordet.

Anschließend wurden die Juden, nachdem sie zuvor schon aus allen freien Berufen hinausgedrängt worden waren, vollends aus der Wirtschaft vertrieben. Der Besuch von Bädern, Theatern, Konzerten, Kinos und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel wurden ihnen verboten. Die höheren Schulen wurden für Juden gesperrt. Für jüdische Kinder wurde im November 1938 die Schulpflicht aufgehoben. Schließlich wurde den Juden das Tragen eines gelben Sterns zum Zwecke der öffentlichen Diffamierung auferlegt.

Über die weitere "Behandlung" der Juden gab es zunächst verschiedene Auffassungen. Göring wollte die Auswanderung und Deportation zum Zwecke der Devisenbeschaffung. Heydrich verfolgte das Ziel, die Juden möglichst schnell und vollständig aus dem "Reich" hinauszudrängen. Schon 1938 aber gab das "Schwarze Korps" für den Fall eines etwaigen Kriegsausbruchs die Losung von der Vernichtung aus. Am 30. Januar 1939 sagte Hitler in einer Reichstagsrede für einen kommenden Krieg die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa voraus. Diese wurde in der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 beschlossen. Hunderttausende von Juden wurden von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ermordet, Millionen in den 1942 im besetzten Polen eigens zu diesem Zweck errichteten Vernichtungslagern Auschwitz, Belzec, Culm, Majdanek, Sobibor und Treblinka.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Judenverfolgung nahezu zweitausend Jahre alt ist. An der Judenfeindschaft und -verfolgung hat das Christentum einen großen Anteil. Durch die von Konstantin den Großen und seinen Nachfolgern erlassenen Gesetze wurden die Juden rechtlos gestellt. Zu größeren Verfolgungen kam es seit dem 12. Jahrhundert zunächst im Zusammenhang mit der Kreuzzugsbewegung und dann der Ketzerbekämpfung. Das vierte Lateran-Konzil verbot den Juden 1215 die Übernahme öffentlicher Ämter und schrieb ihnen eine besondere Kleidung vor. 1290 wurden die Juden aus England vertrieben, 1394 aus Frankreich, 1492 nach umfangreichen Verfolgungen und Zwangstaufen aus Spanien, fünf Jahre später aus Portugal. 1648 kam es in Osteuropa im Zusammenhang mit dem Kosakenaufstand zur ersten Judenverfolgung, Ende des 19. Jahrhunderts zu Pogromen, die bis 1921 anhielten.

Auch die Nationalsozialisten konnten sich auf einen in den deutschen Ländern und in Österreich vorhandenen Antisemitismus stützen.

Die von Hitler, Goebbels und Streicher verwandten "Argumente" finden sich fast alle schon im frühen deutschen Antisemitismus. Dieser war im Reichstag von 1893 durch 16 Abgeordnete vertreten.

Alles Menschenmögliche muß getan werden, um die Diskriminierung und die Verfolgung der Juden zu verhindern. Ist das geschehen?

Angesichts dessen, was in deutschem Namen den Juden zugefügt worden ist, müssen wir uns diese Frage immer wieder stellen. Wir dürfen uns bei aller Anerkennung dessen, was erreicht worden ist, nicht zufrieden geben.

Ist die Geschichte der Judenverfolgung, sind die Ursachen und die Folgen des nazistischen Rassismus und des allgemeinen Rassismus intensiv erforscht und den Menschen insbesondere den Schülerinnen und Schülern vermittelt worden?

Treten wir der Diskriminierung von Minderheiten überall, wo sie zutage tritt, energisch genug entgegen? Sorgen wir dafür, daß alle Minderheiten gleiche Chancen haben? Machen wir uns und anderen klar, daß es eine menschliche und tolerante Gesellschaft nicht geben kann ohne ausreichenden Minderheitenschutz?

Es ist keine Schande und auch keine Nestbeschmutzung, wenn wir unserer Gesellschaft und uns selbst diese Fragen selbstkritisch stellen und wenn wir eingestehen, daß es bei uns persönlich und in unserer Gesellschaft nach wie vor Defizite gibt. Wir werden nicht daran gemessen, ob wir uns über vorhandene Mängel euphemistisch hinwegsetzen, sondern daran, ob wir sie erkennen und gegen sie angehen.

(-/12.9.1990/rs/ks)

Geldbeutel darf nicht über Kindergartenplatz entscheiden
Zur Notwendigkeit, das unzulängliche Jugendhilfegesetz zu revidieren

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages

Nicht nur in meinem Wahlkreis Ludwigshafen, sondern in der gesamten Bundesrepublik fehlen nach übereinstimmender Beurteilung eine große Anzahl von Kindergartenplätzen.

Schätzungen von 500.000 weisen eher darauf hin, daß es sich bei diesen Zahlen lediglich um die Spitze des Eisberges handelt, da entsprechende Daten nirgendwo zentral gesammelt werden. Viele Eltern, besonders aber Alleinerziehende, beklagen diesen Mangel, da die fehlende Betreuung für ihre Sprößlinge sie häufiger als andere Menschen zwingt, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, anstatt einer geregelten Arbeit nachzugehen.

In der DDR spitzt sich die zahlenmäßig bisher positive Versorgung mit Kindergartenplätzen ebenfalls zu, da unter der gegenwärtig angespannten Situation das Netz der Betriebskindergärten zerbricht. Eine nachhaltige Besserung dieser Lage ist auch von dem vor wenigen Monaten am 28. März vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Jugendhilfegesetz nicht zu erwarten, denn entgegen dem Votum von SPD, Interfraktioneller Kinderkommission und auch sich seither ständig mehrender Stimmen innerhalb der FDP wurde ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht in das Gesetz aufgenommen.

Findige und rücksichtslose Geschäftemacher sind im Begriff, mit einer in Gründung befindlichen Kindergärtenverwaltungsgesellschaft aus der Not der Eltern Kapital zu schlagen. Sie bieten Eltern einen Betreuungsplatz in 50 geplanten und über die ganze Bundesrepublik verstreuten privaten Kindergärten für einen monatlichen Beitrag zwischen 900 und 1.800 DM an.

Der Besuch einer solchen Einrichtung darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob Eltern 900 DM bis 1.800 DM monatlich für einen Kindergartenplatz zahlen können, wie dieser private Kindergartenanbieter von den Eltern fordert. Einrichtungen zur Kinderbetreuung dienen der Integration aller Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern. Private Kindergartengesellschaften dürfen deshalb nicht eine solche Aufgabe, für die die Gemeinschaft einzutreten hat, übernehmen. Es handelt sich nicht einfach um eine "Marktlücke", wie die Gesellschafter glauben machen wollen, sondern sie wollen die Klassengesellschaft bereits im Kindergarten verwirklicht sehen.

(-/12.9.1990/rs/ks)

Milliardenauftrag für eine Skandalfirma

**Zu dem von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP geplanten Ausgaben für einen neuen
NATO-Hubschrauber**

**Von Klaus-Dieter Kühbacher MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen
Bundestages**

Das von den Koalitionsfraktionen geplante Zehn-Milliarden-Projekt eines neuen Hubschraubers (NH 90) ist nicht nur gegenwärtig verteidigungspolitisch überflüssig, es droht inmitten der Diskussion über deutsche Waffenlieferungen in das Krisengebiet am Golf neuen außenpolitischen Schaden anzurichten. Der Auftrag soll an genau die Firma DASA/MBB gegeben werden, gegen die zur Zeit staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz durch die Lieferung von Hubschrauberteilen an den Irak laufen. Das ist nicht nur himmrissig, das wäre ein handfester politischer Skandal.

Es wäre ein einmaliger Vorgang, einem Unternehmen, auf dem ein schwerer Verdacht lastet, durch einen milliardenschweren Auftrag des Verteidigungsministeriums zur Seite zu springen. Welcher Teufel reitet eigentlich Stoltenberg und die Verteidigungspolitiker der Koalition, sich gerade jetzt auf ein derartiges Abenteuer einzulassen. Es ist nicht zuletzt eine Frage des politischen Anstandes und der Moral, vor einer Entscheidung den Ausgang des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens abzuwarten.

Ganz unabhängig davon ist festzustellen: Die Bundeswehr muß verkleinert und nicht noch weiter aufgerüstet werden. Weder die Struktur des Heeres, der Marine noch gar der Luftwaffe in einem vereinten Deutschland kann der Verteidigungsminister derzeit darlegen. Die Ausrüstung der NVA ist noch nicht gesichtet. Wenn auf dieser dürftigen Grundlage der Hubschrauberbedarf schon erkennbar sein soll, dann nur mit den Augen der Industrie, die vor dem Kassensturz alle Hebel in Bewegung setzt, um Aufträge unter Dach und Fach zu bringen. Die Koalition zieht mit. Der Wahlkampf und seine Bedürfnisse machen solches Verhalten möglich.

Die grundlegend gewandelte Sicherheitslage in Europa muß auch für Vorhaben wie den NH 90 klare Konsequenzen haben, wenn die Politik glaubwürdig sein soll. Wir brauchen auf Jahre jede Mark für die deutsche Vereinigung. Wie will die Bundesregierung denn glauben machen, sie könne die Einheit finanzpolitisch solide bewältigen, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, die Verteidigungspolitiker an der fortgesetzten Festlegung von Steuergeldern für unsinnige Projekte zu hindern?

(-/12.9.1990/rs/ks)

Worte des Lothar de Maiziere

Zur Absicht des Bundeskanzlers, den Regierungschef der DDR in sein Kabinett zu berufen

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagauschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Es mag für die CDU-Führung gute wahlstrategische Gründe geben, nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten das Kabinett Kohl um den DDR-CDU-Chef Lothar de Maiziere und andere DDR-Politiker zu vergrößern. Ob es jedoch der Sache selbst dient, bis zur ohnehin 59 Tage später stattfindenden gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember diese Operation durchzuführen, dürfte - wenn er denn zu seinen früheren Erkenntnissen steht - selbst bei de Maiziere fraglich sein.

Als selbiger im November 1989 als Minister für Kirchenfragen in das Kabinett des SED-Funktionärs Hans Modrow eintrat, erklärte er nicht nur, daß die CDU die Regierungserklärung des Kommunisten Modrow "in ihren Grundlinien" mitträgt, sondern auch:

"Wir begrüßen die Reduzierung der Anzahl der Minister. Das wird unter anderem die Fähigkeit des Ministerrates zu echter Beratung der Probleme erhöhen."

Im Hinblick auf die in Bonn geplante Kabinettsvergrößerung eine interessante Feststellung. Seine Jungfernrede in der Volkskammer am 18. November 1989 als Neu-Minister im Kabinett Modrow (SED) war aber auch ansonsten nicht ohne bemerkenswerte Aussagen, zum Beispiel:

- "Wir sind der Überzeugung, nicht der Sozialismus ist am Ende, wohl aber seine administrative und diktatorische Verzerrung. Wenn Sozialismus zukunftsfähig ist, dann nur als grundlegend erneuerter, demokratischer Sozialismus."
- "Eine der Garantien, die Erneuerung des Sozialismus unumkehrbar zu machen, ist die Durchführung des Prinzips der Gewaltenteilung."
- "Dies ist der Sinn des sozialistischen Pluralismus, den wir verwirklichen wollen."

Neun Tage vor dieser Volkskammer-Rede - am 9. November 1989 - war Lothar de Maiziere in einem Interview in "Bild am Sonntag" mit seiner markigen Bedächtigkeit präsent. Das las sich dann so:

- "Ich halte Sozialismus für eine der schönsten Visionen menschlichen Denkens."
- "Wenn Sie glauben, daß die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir unterschiedlicher Auffassung sind."
- "Aber es gibt nach wie vor eine Gemeinsamkeit der die Regierung bildenden Parteien. Die lautet: Die DDR ist ein souveräner und sozialistischer Staat."
- "Wir müssen überlegen, wie ein zukunftsreicher Sozialismus aussieht."

Diese Bekenntnisse des CDU-Chefs Lothar de Maiziere zum "Sozialismus" aus November 1989 mögen dann auch für die Schweizer Zeitschrift "Die Weltwoche" Anlaß gewesen sein, am 23. November 1989 seine politische Zielsetzung so zu beschreiben:

- "Auch die CDU-Ost und ihr neuer Vorsitzender, der Berliner Rechtsanwalt Lothar de Maiziere, stehen in ihrer politischen Philosophie der SED näher als ihren christlichen Schwesterparteien in der Bundesrepublik."

Ob eine solche Bewertung politisch ehrenrührig ist, muß der Betroffene zwar selbst entscheiden, ab er überraschen konnte sie zu dem Zeitpunkt und nach den klaren Aussagen eigentlich nicht.

Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß der zukünftige Bundesminister für Sonderaufgaben im Kabinett Kohl nach seinen ersten Kontakten mit der West-CDU schnell jene Kurve nahm, die ihn in die Richtung der alten westlichen christdemokratischen Wahlkampfparole "Freiheit statt Sozialismus" führte.

Das war dann zu jener Zeit, als Lothar de Maiziere zwar schon Flugblätter mit dem Titel "Nie wieder Sozialismus" gemeinsam mit seinem Generalsekretär Martin Kirchner - inzwischen wegen ungeklärter Stasi-Bezie-

hungen von seiner Funktion entbunden - vor Berliner Betrieben verteilte, aber noch im Kabinett des Altkommunisten Modrow als dessen Ratgeber fungierte und durch persilweilte Erklärungen über Modrow fast vergessen ließ, daß dieser Spitzenfunktionär der SED-Normenklatura der Stasi-Oberaufseher im SED-Bezirk Dresden war.

Einer seiner Ratschläge an Modrow gelangte am 24. Januar 1990 über ein BILD-Interview an die deutsche Öffentlichkeit:

- "Ich würde Herrn Modrow vorschlagen, bei seinem nächsten Treffen Bundeskanzler Kohl um einen Hilfsfonds von mindestens zehn Milliarden DM zu bitten. Mit diesem Geld könnten wir ein soziales Netz spannen und die Beschäftigten in den genannten Bereichen nicht nur sozial abfedern, sondern auch umschulen."

Kohl ging auf diesen Vorschlag seines späteren Ko-Piloten in Sachen deutsche Einheit nicht ein. Der gewünschte Milliarden-Scheck blieb in der Bundeskasse. De Maiziere in dem gleichen Interview: "Ich habe noch nie mit Kohl gesprochen. Ich bin noch nie eingeladen worden." Doch das sollte sich bald ändern.

Möglicherweise war selbst die bundesdeutsche CDU-Führung etwas irritiert über die Bewertung, die de Maiziere im Hinblick auf seinen SED-Regierungschef, den Altkommunisten Hans Modrow, von sich gegeben hatte:

- "Ich bin nur sehr zufrieden und froh, daß schon vor Wochen deutlich wurde, daß Herr Modrow Regierungsämter und Parteiämter klar voneinander zu trennen weiß und auch verlangt hat, dies zu tun, denn sonst befänden wir uns in einer geradezu aussichtslosen Situation." (ZDF-Heute Journal, 4. Dezember 1989, 21.55 Uhr)
- "Ich denke, Herr Modrow wäre am liebsten parteilos. Aber bis zum 6. Mai bleibt er in der Partei. Dazu ist er zu prinzipienstark. Man läuft nicht vom Trog weg wie die Aus. Was Berghofer gemacht hat, empfindet er sicher als übel und verräterisch." (BILD-Interview, 24. Januar 1990)
- "Herr Modrow hat erkannt, daß der Neubau unserer Wirtschaft nur gemeinsam mit der Bundesrepublik möglich ist ... Herr Modrow ist ein Mann, der Realitätssinn hat." (SPIEGEL-Interview, 5. Februar 1990)

Dieser frei nach de Maiziere angeblich dem Parteienhader entrückte Modrow blieb jedoch immer ein "prinzipienfester" Sachwalter seiner alten SED, die sich am 17. Dezember 1989 in SED-PDS umbenannte. De Maiziere schien nicht bemerkt zu haben, daß noch am 27. Dezember 1989 der "Runde Tisch" zum Beispiel die Maßnahme der Modrow-Regierung (mit de Maiziere als stellvertretender Ministerpräsident) zur Zahlung von dreijährigen Übergangsgehältern für entlassene Stasi-Beamte scharf kritisierte. Das darf als Zeichen der nie versiegten Modrow-Verbundenheit zur alten SED/Stasi-Seilschaft angesehen werden.

Modrow wollte auch in seinem Regierungsamt nie parteilos sein; er blieb parteiisch bis zu letzten Unterschrift. Nur - Lothar de Maiziere hätte die SED-Kommunisten aus seiner unmittelbaren Nähe zu ihnen im Modrow-Kabinett besser einschätzen können.

So blieb dem inzwischen unverwechselbar zum "Nie-wieder-Sozialismus"-Kämpfer gewendeten zukünftigen CDU-Bundesminister nur noch die bittere Erfahrung der Täuschung durch den Kommunisten Modrow. Dieser nämlich hat zusammen mit anderen das PDS-Wahlprogramm entworfen und dazu in einem Vorwort bemerkt:

- "Die Zeit für die Arbeit war, gemessen an den Schwierigkeiten, knapp. Der Zeitdruck ist von den Herrschenden künstlich geschaffen und Mittel ihrer Politik."

Die alte kommunistische Demagogie feiert fröhliche Urständ. Wenn die SED-Stasi-Garde von künstlich geschaffenen Zeitdruck spricht, dann wird daran deutlich, daß sich die PDS weder erneuert hat, noch sich ihrer Verantwortung für die desolante Lage in der DDR im geringsten bewußt ist. Der dem Modrow von de Maiziere bescheinigte "Realitätssinn" war nicht mehr als eine gefährliche Schimäre. Gleichwohl ist Lothar de Maiziere aus der Sicht seiner Bonner Parteifreunde inzwischen ein zuverlässiger Christdemokrat geworden, obwohl seine "Sozialismus"-Bekenntnisse von November 1989 ihn nicht als solchen ausgewiesen haben. Da er aber zwischenzeitlich die Wahlkampfparole "Freiheit statt Sozialismus" auch für die DDR übernommen hat, wissen die Sozialdemokraten hüben und drüben, daß es einen Scharfmacher - wenn auch mit sanfter Stimme - mehr im Lande gibt.